

Zeitschrift:	Frauezitig : FRAZ
Herausgeber:	Frauenbefreiungsbewegung Zürich
Band:	- (1994-1995)
Heft:	51
Artikel:	Evangelium statt Sexualaufklärung : Kritikerinnen der Bevölkerungspolitik geraten ins Sandwich
Autor:	Sax, Anna
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-1054207

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Evangelium statt Sexaulaufklärung

Kritikerinnen der Bevölkerungspolitik geraten ins Sandwich

Vom 5. bis 13. September 1994 findet in Kairo die Internationale Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) statt. Die neue, feministisch angehauchte Sprache in den offiziellen Dokumenten dazu zeigt Wirkung: Einige Feministinnen sind jetzt bereit, «aus pragmatischen Gründen» mit dem internationalen Bevölkerungs-Establishment zusammenzuarbeiten.

Von Anna Sax *

Delegationen aus rund 180 Ländern werden sich nach Bukarest (1974) und Mexico (1984) im September in Kairo zur dritten ICPD treffen, um einen Aktionsplan zum «Ausbalancieren von Bevölkerung und Ressourcen» zu entwickeln, wie sich Nafis Sadik, Generalsekretärin der ICPD, ausdrückt. Ziel dieser Konferenz soll es sein, mehr Mittel für bevölkerungspolitische Programme freizumachen, wobei die Programme sich im Gegensatz zu früher weniger an demographischen Zielen als an der Verbesserung der Situation von Frauen orientieren sollen. Wie bei allen internationalen Konferenzen werden auch bei der ICPD die wichtigen Punkte im voraus geregelt – in Vorbereitungskonferenzen und Lobby-Veranstaltungen, mittels offiziellen Treffen und inoffiziellem Gemauschel – so dass schliesslich in Kairo ein fast fertiges Schlussdokument zur Verabschiedung vorliegt. Wie es jetzt offiziell aussieht, legt sich einzig der Vatikan quer, gemeinsam mit einigen reaktionären, meist lateinamerikanischen Regimes. Damit wird «Kairo», so ist es in allen Zeitungen zu lesen, zu einer «Kraftprobe» zwischen der katholischen Kirche und dem Rest der Welt, wird die Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung mehr oder weniger auf eine Abtreibungs- und Geburtenkontrollkonferenz reduziert.

Lila gefärbte Bevölkerungskontrolle?

An der dritten Vorbereitungskonferenz vom April 1994 im UNO-Hauptquartier in New York fanden sich westliche Regierungsdelegationen, Bevölkerungs- und Frauenorganisationen zu einer mächtigen Koalition nach dem Motto: «Alle gegen den Vatikan». Es gab in New York überraschend viele fortschrittliche und feministisch angehauchte Stellungnahmen verschiedenster Regierungen, so zum Beispiel von fast allen Delegationen Nordamerikas und Westeuropas. Begriffe wie «reproductive health & rights» oder «empowerment of women», ursprünglich Kampfbegriffe der Frauenbewegung, wurden übernommen und sind im Entwurf zum Schlussdokument enthalten. Eine Schweizer Delegierte sprach fast schon enthusiastisch von einer «Konferenz der Frauen». In der Tat war die unübersehbare Präsenz und das professionelle Lobbying der Frauenorganisationen beeindruckend. Doch der Einfluss der Frauenbewegung hat nach Ansicht vieler TeilnehmerInnen aus dem Süden lediglich dazu geführt, dass Bevölke-

rungskontrolle jetzt Befriedigung eines «unerfüllten Bedarfs» an Verhütungsmitteln, «freie Wahl» und ganz allgemein «Stärkung der Position von Frauen in allen Lebensbereichen» heisst. Solcherart ausgestattet mit einem lila Mäntelchen ist Bevölkerungspolitik bis weit in feministische Kreise hinein salonfähig geworden.

Unter diesen Umständen geraten Frauen, die mit guten Gründen auf Distanz bleiben und ihre grundsätzlichen Einwände gegenüber bevölkerungspolitischen Programmen und Zielsetzungen weiterhin äussern, zunehmend ins Sandwich zwischen den starken und auch von Frauen geprägten, grossen Bevölkerungsorganisationen einerseits und einem reaktionären, irrational argumentierenden klerikalen Block andererseits. Wie sich bei verschiedenen Gelegenheiten gezeigt hat, beziehen sich gerade die radikalsten Vertreter der päpstlichen Doktrin gerne auf Recherchen und Analysen von Feministinnen über Bevölkerungspolitik, reden gar von «imperialistischer Einmischung des Nordens in die Angelegenheiten des Südens», um damit ihre abstrusen Ansichten über Empfängnisverhütung und Abtreibung zu untermauern. Von Frauen zur Rede gestellt, antworten sie dann schein-heilig, im wesentlichen sei man sich doch einig. Fordern daraufhin die Frauen das Recht auf Zugang zu Geburtenkontrolle und Abtreibung, so werden sie sogleich von den BevölkerungsexpertInnen vereinnahmt, die sich damit in ihren Aktivitäten bestätigt fühlen. Für die Position, die in der Familienplanung kein Mittel zur Bevölkerungskontrolle sehen will und «nur» im Süden breit verankert ist, bleibt kein Raum. Die Kritikerinnen des in New York und Kairo so vereint auftretenden Bevölkerungs-Establishments wollen erreichen, dass alle Zugang zu sicheren und unschädlichen Methoden der Geburtenkontrolle und Abtreibung haben. Sie warnen aber gleichzeitig davor, dass das Angebot an Familienplanung von bevölkerungspolitischen Interessen bestimmt ist und dass zunehmend Mittel aus der primären Gesundheitsversorgung in die Familienplanung fließen. Am Beispiel von Nicaragua, einem Land, in dem erst seit kurzem bevölkerungspolitische Aktivitäten laufen, zeigen sich die Auswirkungen der Attacke von KatholikInnen und DemographInnen auf die Frauen besonders gut.

Evangelium und Norplant

Ende April, nach Abschluss der New Yorker

Vorbereitungskonferenz für «Kairo», protestierten nicaraguanische Gesundheitsorganisationen gegen die Positionen, welche Bildungsminister Humberto Belli im Namen Nicaraguas vertreten hatte: Im Einklang mit den katholischen FundamentalistInnen wetzte Belli gegen «künstliche» Mittel zur Empfängnisverhütung und stimmte sich gegen die Empfehlung, Kondome zum Schutz gegen HIV-Infektionen zu verwenden. Als einzige vorbeugende Massnahme gegen sexuell übertragbare Krankheiten wollte er sexuelle Abstinenz anerkennen. Gemeinsam mit seinen KollegInnen aus Honduras und El Salvador definierte er die Familie als «die Gruppe, wo es einen Vater, eine Mutter und Kinder gibt und eine Entscheidung vorliegt, Kinder zu zeugen». In einem Land wie Nicaragua, wo jede dritte Familie durch Frauen allein versorgt wird, wirkt diese Definition reichlich weltfremd. Darüber hinaus aber bedeutet es, dass Jugendlichen und Unverheirateten von der Regierung das Recht abgesprochen wird, Familienplanung und damit verbundene Gesundheitsversorgung in Anspruch zu nehmen.

In einem merkwürdigen Gegensatz zur repressiven und erzkonservativen Moral, welche die nicaraguanische Regierung seit dem Regierungswechsel 1991 an den Tag legt, steht eine gleichzeitig stattfindende «bevölkerungspolitische Offensive» ausländischer Organisationen. Während in den Schulen Sexualerziehung durch «Erziehung im Evangelium» ersetzt wird, «wird Nicaragua zum Tummelplatz US-amerikanischer und internationaler bevölkerungspolitischer Organisationen, unter deren Anleitung nun ein Problem «Überbevölkerung» geschaffen wird», wie Regula Flury in einem Bericht festhält. Eine Untersuchung zur «familiären Gesundheit in Nicaragua», die Pro Familia Nicaragua mit Unterstützung der US-Agenturen Center for Disease Control und USAID letztes Jahr veröffentlichte, liefert die Legitimation für das verstärkte Engagement aller möglichen Familienplanungs-«ExpertInnen». Bereits ist auch der Population Council zur Stelle, um sein Langzeit-Verhütungsmittel «Norplant» an 500 NicaraguanerInnen auszuprobieren. «Norplant», das Frauen unter die Haut operiert wird und dort fünf Jahre lang schwangerschaftsverhütende Hormone abgibt, ist wegen seiner vielfältigen Nebenwirkungen seit Jahren höchst umstritten. Es ist praktisch nur in Ländern des Südens im Einsatz. Der UN-Bevölkerungsfonds UNFPA versucht derweil,

Using Injectables...



Helps My Wife Keep Her Good Looks

Family Planning: It's Your Choice

FOR MORE INFORMATION VISIT YOUR NEAREST HEALTH CENTRE/CLINIC, DOCTOR OR TALK TO YOUR LOCAL COMMUNITY BASED DISTRIBUTOR.

IF AT RISK OF STD/HIV... USE THE CONDOM



Plakat der Kampagne für Langzeitverhütung und Sterilisation in Zimbabwe, die von Nordamerika und Europa unterstützt wird.

Frauenorganisationen mit finanziellen Angeboten zur Zusammenarbeit zu überreden. Für die betroffenen Frauen sind die Auswirkungen einer solchen Doppelmoral verheerend: Auf der einen Seite ist jungen Frauen der Zugang zu Sexualaufklärung und Verhüttungsmitteln verwehrt. Abtreibungen, die zur Zeit der sandinistischen Regierung toleriert waren, werden jetzt bestraft. Nach einer Strafrechtsrevision von 1992 ist Abtreibung selbst nach einer Vergewaltigung kaum mehr zugänglich. Wegen der anhaltenden ökonomischen Krise ist zudem die Gesundheitsversorgung weitgehend zusammengebrochen, beziehungsweise die Frauen können sie sich nicht mehr leisten.

Auf der anderen Seite wird mit viel Aufwand eine Bevölkerungspolitik lanciert mit dem Ziel, die Geburtenraten zu senken. Weltbank und UNFPA wollen die «Akzeptanz» von Familienplanung fördern, indem sie die Regierung unter Druck setzen und versuchen, nicaraguanische Gesundheitsnetzwerke finanziell zu ködern.

Kairo und danach

Über all den Diskussionen um Bevölkerungspolitik und Geburtenkontrolle wird gerne ver-

gessen, dass in Kairo eine Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung stattfindet. So bieten die zwar unsympathischen, aber mit viel Aufmerksamkeit bedachten Auftritte des Vatikans den Regierungen des Nordens eine willkommene Gelegenheit, von weniger geheimen Themen abzulenken. Nichts ist mehr übriggeblieben von der Kritik des Südens an den sozialen Auswirkungen der wirtschaftlichen Strukturanpassungsprogramme, von der Forderung nach gerechteren Handelsbeziehungen und Rohstoffpreisen, obligatorischen Umweltverträglichkeitsprüfungen, Besteuerung des Ressourcenverbrauchs und der Abfallproduktion. Auch Probleme wie die Abschottung des Nordens gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen oder die Definition von «nachhaltiger Entwicklung» wurden nicht zu Ende diskutiert.

Die heiklen Fragen für die Zukunft liegen aber genau dort, wo der Norden seine Verantwortung wahrnehmen müsste. Im Kairoer Schlussdokument ist zwar genau festgehalten, welche Massnahmen und wieviel Geld in den nächsten 20 Jahren notwendig sein werden, um eine Stabilisierung der Zahl der Menschen zu erreichen. Keine einzige konkrete Massnahme ist hingegen aufgeführt, wie der

gigantische Ressourcenverschleiss des Nordens zu bremsen wäre. Niemand hat bisher errechnet, wieviel es uns kosten würde, die Ausplünderung des Südens durch den Norden zu stoppen. Viel bedrohlicher als das Bevölkerungswachstum im Süden ist die Tatsache, dass die 20 Prozent der Menschen, die im Norden leben, 80 Prozent der natürlichen Ressourcen verbrauchen.

In Kairo und danach werden Regierungen des Nordens versprechen, mehr Entwicklungsgelder für Bevölkerungsprogramme und insbesondere «für Frauenförderung» im Süden zu reservieren. Doch darüber hinaus sind von ihnen keine konkreten Vorschläge zu erwarten, welchen Beitrag die Länder Europas und Nordamerikas zur «Ausbalancierung von Bevölkerung und Ressourcen» leisten könnten.

* Mit Dank an Barbara Schmied für ihre Hinweise und Kritik. Anna Sax ist Ökonomin und arbeitet bei der Erklärung von Bern. Sie nimmt als Mitglied der offiziellen Schweizer Delegation an der ICPD in Kairo teil.